

Nicht auf einen Terroranschlag in Deutschland warten

1800 radikale Salafisten gibt es nach Schätzungen der Sicherheitsbehörden zurzeit alleine in NRW, 250 von ihnen gelten als gewaltbereit. Sie sind ein Sicherheitsrisiko, wenn es um die Frage geht, ob nach den Anschlägen von Paris auch in Deutschland mit Terroranschlägen zu rechnen ist. Eine Gefahr droht vor allem von den Islamisten, die nach Syrien und in den Irak ausgereist sind, um am dort tobenden brutalen Bürgerkrieg teilzunehmen. 40 der 150 aus NRW ausgewanderten Terrorkämpfer sind bereits nach NRW zurückgekehrt. Sie sind durch die eigene Kriegserfahrung nicht nur enthemmt, sondern bringen auch Erfahrungen im Bombenbau und in der Waffenanwendung mit. Sicherheitsexperten gehen deshalb davon aus, dass es auch in Deutschland in absehbarer Zeit zu einem Terroranschlag kommen kann.

Die GdP warnt trotzdem vor einer falschen Terrorangst, weil das nur den Terroristen nutzen würde. Zugleich hat sie die Politik aufgefordert, der Polizei und den Sicherheitsbehörden endlich die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um einen drohenden Terroranschlag in Deutschland verhindern zu können. Allen voran fordert die GdP, dass der dramatische Personalbau der vergangenen Jahre bei der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden endlich gestoppt wird und dass die Polizei wieder auf die Vorratsdatenspeicherung zugreifen darf, um so die Kommunikationsstrukturen von Terrorverdächtigen aufspüren zu können.

In einem nur wenige Tage nach den Terroranschlägen von Paris ausgestrahlten Interview mit dem Deutschlandfunk erinnerte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert daran, dass in den letzten zehn Jahren bundesweit fast 15 000 Stellen bei der Polizei abgebaut worden sind, 1500 davon alleine in NRW. Weil die rot-grüne Landesregierung derzeit vor allem die Schuldenbremse im Kopf hat, sollen in NRW bis 2025 sogar weitere 3700 Stellen wegfallen. Die Innere Sicherheit sei in den vergangenen Jahren „fast kaputtgespart worden“, kritisierte Plickert. „Wer bei der jetzigen Sicherheitslage noch darüber nachdenkt, Polizei abzubauen, spielt den Terror-

gruppen in die Hand“, warnte er. Bei der Vorratsdatenspeicherung erinnerte der GdP-Vorsitzende zudem daran, dass mit diesem Instrument zwar nicht jeder Terroranschlag verhindert werden kann, dass der Zugriff auf die Verbindungsdaten aber einen Einblick in

war der Zugriff auf die Verbindungsdaten entscheidend für die Überführung der Täter. Bei der Aufklärung des gescheiterten Kofferbombenattentats waren die Verbindungsdaten ebenfalls ein zentrales Ermittlungsinstrument. Auch in Frankreich, wo die Vorrats-

datenspeicherung gesetzlich verankert ist, werden jetzt die Verbindungsdaten der Täter und ihres Umfelds intensiv durchleuchtet, um so mögliche Unterstützer der beiden Anschläge aufzuspüren und um Nachahmertaten zu verhindern.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) hat deshalb kurz nach den Pariser Attentaten erklärt, er halte die Vorratsdatenspeicherung für ein wichtiges Ermittlungsinstrument. Widerstand kommt hingegen von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD), der die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung

in jedem Fall verhindern will. Auf Landesebene gilt das auch für die Grünen. Die GdP hat deshalb die Landesregierung aufgefordert, ihren internen Streit um die Vorratsdatenspeicherung endlich zu beenden und sich in Berlin für deren Wiedereinführung stark zu machen. „Wir können damit nicht warten, bis es tatsächlich in Deutschland zu einem Terroranschlag kommt“, betonte Plickert gegenüber den Medien.



SCHICHTWECHSEL

die internen Kommunikationsstrukturen von Terrorgruppen ermöglicht. Das sei wichtig, weil die Täter ihre Anschläge häufig über das Internet vorbereiten. „Wir können sehen: Wer verkehrt auf diesen Internetseiten. Wer hat Zugriff? Wer kommuniziert mit wem? Und können daraus unsere Schlussfolgerungen ziehen“, sagte Plickert im Deutschlandfunk. Wie wichtig das ist, zeigten die beiden bekanntesten versuchten Terroranschläge in NRW: Bei der Enttarnung der Sauerlandgruppe

→ Seite 2

Handlungsbedarf sieht die GdP auch bei der Vernetzung der Sicherheits- und der Verfassungsschutzbehörden in Europa. Nicht von ungefähr waren es Ermittlungserkenntnisse der USA, die am 10. Januar in Dinslaken zur Festnahme eines mutmaßlichen IS-Kämpfers geführt haben, und nicht Erkenntnisse von EU-Behörden. Dass selbst unter besseren Rahmenbedingungen die Verhinderung von Terroranschlägen trotzdem keine leichte Aufgabe ist,

zeigt eine simple Zahl: Um einen einzigen der akut als Gefährder geltenden Islamisten rund um die Uhr überwachen zu können, sind 25 Polizisten erforderlich. Bei 40 akuten Gefährdern in NRW beläuft sich die Zahl der benötigten Staatsschützer bereits auf 1000. Eine Zahl, die mehr als deutlich die Grenzen herkömmlicher Polizeiarbeit aufzeigt. Wird ihre Personalausstattung nicht erweitert, stößt die Polizei deshalb schnell an ihre Grenzen.

Noch gibt es ein Zeitfenster. Aber wir müssen es nutzen!

Zwölf Menschen sind dem Terroranschlag auf die Pariser Satirezeitschrift Charlie Hebdo zum Opfer gefallen, vier Geiseln wurden in dem jüdischen Supermarkt getötet. Dass es einen vergleichbaren brutalen Terroranschlag in Deutschland bisher nicht gegeben hat, ist nicht nur der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden zu verdanken, sondern auch dem puren Zufall. Erklärungen wie die des SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann, die Polizei müsse die aus den Kriegsgebieten heimgekehrten fanatisierten Islamisten nur ordentlich überwachen, dann werde hierzulande schon nichts passieren, sind deshalb an Zynismus kaum zu überbieten. Das gilt auch für die Äußerung von Bundesjustizminister Heiko Maas, dem zur Forderung nach der Vorratsdatenspeicherung vor laufenden Kameras nur der Satz einfiel: „Was soll das?“ Verbunden mit dem zynischen Hinweis, dass auch in Frankreich die dort praktizierte Vorratsdatenspeicherung den Opfern nicht geholfen hätte. Wer sich mit derart plumpen Argumenten jeder ernsthaften Debatte um einen besseren Terrorerschutz in Deutschland entzieht, hat den Ernst der Situation nicht erkannt. Das ist fahrlässig. Denn wir dürfen nicht darauf warten, bis es auch in Deutschland zu einem schweren Terroranschlag kommt, bevor wir endlich handeln. Sondern wir müssen die Zeit nutzen, in der es noch Raum für den ernsthaften Austausch von Argumenten gibt, in der wir den Schutz vor Terroranschlägen und den Schutz von Bürgerrechten gemeinsam in den Blick nehmen können. Zur Vorratsdatenspeicherung ist seit Jahren alles gesagt, was man sagen kann. Sie ist kein Angriff auf die Freiheit, sondern ein Instrument zu ihrem Schutz. Auch dass der Abbau von immer mehr Polizisten den Straftätern dient und nicht den Bürgern, ist längst bekannt. Was muss nach Paris eigentlich noch passieren, damit diese simplen Wahrheiten auch bei der Politik ankommen? Das gilt übrigens auch für die dritte Baustelle: den Verfassungsschutz. Wer ihn abschaffen oder in seiner Kompetenz einschränken will, wie das DIE LINKE und Teile von Bündnis 90/Die Grünen immer wieder fordern, muss erklären, auf welchen Erkenntnissen eine Terrorabwehr in Zukunft stattdessen fußen soll?

Dass Polizei und Verfassungsschutz einer engen parlamentarischen Kontrolle unterliegen und dass sie nach Recht und Gesetz handeln müssen, ist dabei eine Selbstverständlichkeit. Aber ihnen die notwendigen Instrumente und das notwendige Personal zu entziehen, weil das bei der eigenen Wählerklientel vermeintlich gut ankommt, nutzt den Extremisten, nicht der Freiheit. Darüber sollten wir nach Paris endlich ehrlich diskutieren.



Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Ein Drittel gestrichen

Streichung des erlassfreien Wochenendes bei den Einsatzhundertschaften in NRW 2014

✗ für zwei Züge bzw. die komplette Hundertschaft
✘ für einen Zug



Quelle: LZPD



Für die Einsatzhundertschaften in NRW gibt es nur 13 Wochenenden im Jahr, an denen kein Dienst angeordnet werden darf. In einem Teil der Hundertschaften galt das im vergangenen Jahr sogar nur an zwölf Wochenenden. Trotzdem wurde 2014 das erlassfreie Wochenende der Einsatzhundertschaften 69 Mal gestrichen. 45 Mal mussten zwei Züge oder die komplette Hundertschaft arbeiten, obwohl ihnen ein arbeitsfreies Wochenende zugesichert worden war, in 24 Fällen galt das zumindest für einen Zug. Die GdP fordert deshalb vom Innenministerium, dass diese unselige Praxis endlich beendet wird. „Auch die Mitglieder der Hundertschaften haben ein Recht auf ein Mindestmaß an planbarer Freizeit“, betont GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert.



GdP will Tarifrunde zur Nagelprobe für die Glaubwürdigkeit von Rot-Grün machen

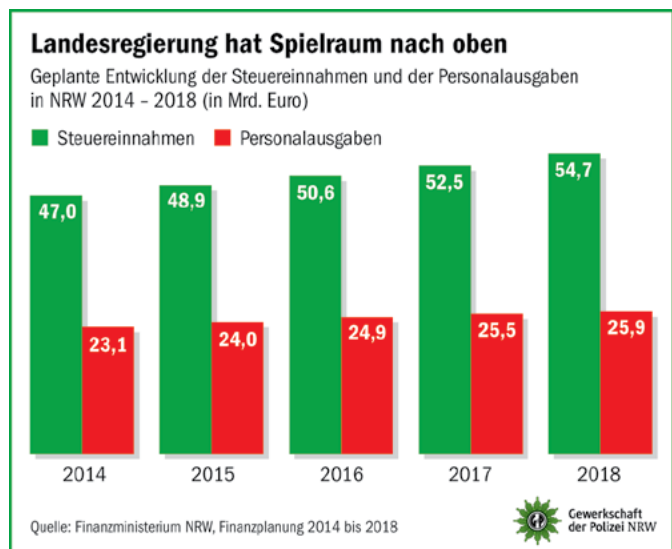
Auf den ersten Blick sitzt die rot-grüne Landesregierung bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder, die am 16. Februar in Potsdam beginnen, noch nicht einmal mit am Tisch, denn mit Jens Bullerjahn (Sachsen-Anhalt), Peter-Jürgen Schneider (Niedersachsen) und Georg Umland (Sachsen) haben andere Bundesländer die Verhandlungsführung inne. Aber bei den internen Abstimmungen der Länder spielt NRW als bevölkerungsreichstes Bundesland natürlich eine zentrale Rolle. Deshalb sieht die GdP Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) in der Tarifrunde 2015 in der Pflicht – nicht nur was das Ergebnis für die Tarifbeschäftigten betrifft, sondern auch bei der anschließenden Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten und die Pensionsempfänger. Schließlich sprudeln die Steuereinnahmen des Landes nach wie vor kräftig.

Bereits im vergangenen Jahr hatte Kraft zugesichert, dass sie nach dem Tarifabschluss mit den Gewerkschaften Gespräche über die Übernahme des Abschlusses für die Beamten führen wird. Fällt das Tarifergebnis hoch aus, profitieren auch die Beamten und die Ruhegehaltsempfänger davon. Deshalb wird die GdP im Laufe der Tarifrunde nicht nur die Tarifbeschäftigten, sondern auch die Beamten und die Pensionäre zu Aktionen und Demonstrationen aufrufen. Wann es im Einzelnen dazu kommt, hängt vom Verlauf der Tarifrunde ab. In dem Fall aber ist bereits jetzt im unmittelbaren Vorfeld der dritten und wahrscheinlich entscheidenden Verhandlungsrunde am 16. bis 17. März mit größeren Aktionen zu rechnen. Gemein-

sam mit ver.di und der Bildungsgewerkschaft GEW will die GdP 2015 eine Einkommenserhöhung von 5,5 Prozent durchsetzen, mindestens aber von 175 Euro im Monat sowie eine verbindliche Verlängerung der Übernahmeregelung für die Auszubildenden. Vergleichbare Forderungen machen derzeit auch die Industriegewerkschaften geltend. So will zum Beispiel die IG Metall für die 3,5 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie in diesem Jahr ebenfalls eine Einkommenserhöhung von 5,5 Prozent erreichen. „Der Vergleich mit den Industriegewerkschaften zeigt: Unsere Forderung passt gut in die tarifpolitische Landschaft. Schließlich hat auch im öffentlichen Dienst Arbeit ihren Wert“, gibt sich Jutta Jakobs, die Tarifexpertin des Geschäftsführers Landesbezirksvorstands der GdP, zuversichtlich, dass es in Potsdam zu einem guten Abschluss kommen wird. Trotzdem warnt sie: „Die Länder werden gleich zu Beginn der Verhandlungen mit

der Keule der Schuldenbremse drohen, auch wenn sie wissen, dass der öffentliche Dienst ohne eine kräftige Einkommenserhöhung als Arbeitgeber keine Zukunft hat. Wie das Ergebnis ausfällt, hängt deshalb vor allem davon ab, ob wir während der laufenden Verhandlungen in der Öffentlichkeit genug Druck entfalten.“

Alle Aktionen werden frühzeitig über die GdP-Homepage angekündigt: www.gdp-nrw.de.



Nach der Ende vergangenen Jahres veröffentlichten mittelfristigen Finanzplanung steigen die Steuereinnahmen des Landes bis 2018 von 47,0 Milliarden Euro auf 54,7 Milliarden Euro. Das sind 7,7 Milliarden Euro mehr. Im gleichen Zeitraum sollen nach dem Willen der rot-grünen Landesregierung die Personalausgaben nur um 2,8 Milliarden Euro steigen. Ihr Anteil an den Steuereinnahmen würde dadurch von 49,3 Prozent auf 47,4 Prozent sinken. Mit anderen Worten: Die Beschäftigten sollen in den kommenden Jahren erneut für einen erheblichen Teil der Sanierungskosten des Landes aufkommen.

Bodycam: Zeit ist reif für Probelauf in NRW

Nach dem erfolgreichen Probelauf in Hessen ist auch in NRW die Zeit reif, um den Einsatz von Bodycams in einem eigenen Probelauf zu testen. Darauf hat GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert am 13. Januar bei einer Anhörung des Düsseldorfer Innenausschusses hingewiesen. Plickert, der Ende vergangenen Jahres extra eine Nachtschicht in Frankfurt begleitet hatte, wies vor allem auf deutlichen Rückgang der Gewalt gegen Polizisten hin,

der durch den Einsatz der Bodycams in Hessen erreicht wurde.

Die dort für das Modellprojekt gewählten Eckpunkte stellen aus Sicht der GdP auch eine passende Grundlage für einen Probelauf in NRW dar:

- Der Einsatz geschieht nur offen und anlassbezogen durch die mit der Kamera ausgestatteten Beamtinnen und Beamten.
- Alle gespeicherten Daten werden unmittelbar nach Dienstende gelöscht,

wenn sie nicht zur Strafverfolgung benötigt werden.

- Die Entscheidung über die Löschung oder Speicherung der Daten erfolgt nach dem Vier-Augen-Prinzip.

Weil beim Einsatz der Body-Cam die deeskalierende Wirkung im Vordergrund steht, lehnt die GdP einen verdeckten Einsatz der Kameras ab. „Das Verfahren muss für die Bürger transparent und nachvollziehbar sein“, erklärte Plickert.



Neue Strategie gegen Einbrecher zeigt Erfolge

Bei den Wohnungseinbrüchen belegt Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich einen der hintersten Plätze. Auch bei der Aufklärungsquote dümpelt das Land nur im unteren Mittelfeld. Vor allem bei den reisenden Einbrecherbanden, die die Anonymität der Großstädte und die gute Infrastruktur in NRW nutzen, kommen die Ermittler oft nicht zum Erfolg. Dass der Kampf gegen die Einbrecherbanden trotzdem nicht erfolglos ist, zeigt die bisher noch nicht veröffentlichte Kriminalstatistik für 2014. Danach ist die Zahl der Wohnungseinbrüche in NRW im vergangenen Jahr nach Jahren des Anstiegs erstmals um drei Prozent gesunken (- 1500 Fälle). Die Zahl der Tageswohnungseinbrüche sank sogar um sieben Prozent. Die Aufklärungsquote stieg von 13,6 auf 16 Prozent.

Die GdP sieht in den neuesten Zahlen einen Indikator dafür, dass die in den vergangenen Jahren in NRW entwickelten neuen Fahndungsmethoden bei der Bekämpfung von Einbrechern langsam zu greifen beginnt. Bei einer Expertenanhörung Mitte Februar im Düsseldorfer Innenausschuss hat die GdP deshalb dafür plädiert, den bisherigen Strategiemix aus dem Aufbau von Auswertverbänden, der Erhöhung der Polizeipräsenz zu einbruchsrelevanten Tageszeiten und von nicht angemeldeten großflächigen Kontrollen weiter auszubauen. Das sei wesentlich zielführender als die populär klingende Forderung nach einer pauschalen Aufstockung der Einbruchdezernate zulasten anderer Bereiche der Polizeiarbeit.

„Grundsätzlich treten wir natürlich für eine Stärkung der Einbruchsdezernate ein. Aber eine reine Umschichtung zulasten anderer Deliktfelder bringt uns in der Kriminalitätsbekämpfung keinen Schritt weiter, weil der Personalmangel nur in andere Bereiche verschoben wird, wo dann die Kriminalität explodiert“, sagte der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert vor dem Ausschuss. In ihrer Stellungnahme spricht sich die GdP stattdessen für eine Reihe von Veränderungen im Detail aus.

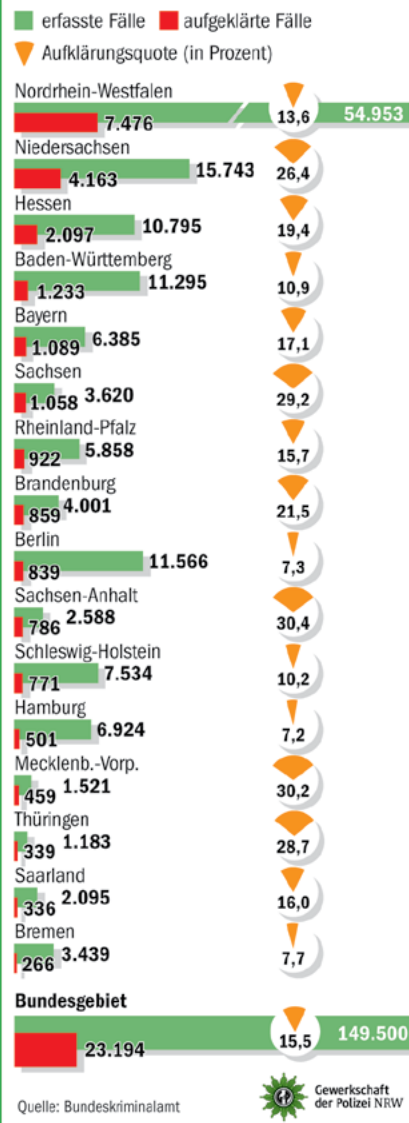
Statt einer punktuellen Verstärkung der mit Wohnungseinbrüchen befassten Dienststellen nach dem Gießkannenprinzip fordert die GdP, die begrenzten Personalressourcen der Polizei vor allem für nicht angekündigte Aktionen, überraschende Schwerpunktkontrollen und eine

verstärkte Streifenförmigkeit in besonders gefährdeten Wohnbereichen zu nutzen. Gerade in den Monaten mit hoher Deliktsdichte (November bis März) müsste dazu auch die Bereitschaftspolizei eingesetzt werden. Zudem fordert die GdP, dass die bei Einbrüchen gesammelten DNA-Spuren in Zukunft sofort ausgewertet werden, um in die weitergehenden Ermittlungen einfließen zu können. „Personalmangel beim Kriminaltechnischen Institut des LKA darf nicht dazu führen, dass Täter nicht belangt werden können“, heißt es dazu in der Stellungnahme der GdP.

Handlungsbedarf sieht die GdP auch bei der Dokumentationspflicht bei Gebrauchsgüterhändlern. Seit dem Wegfall dieser Pflichten sind die Chancen zum Wiederauffinden von Diebesgut deutlich gesunken. Deshalb fordert die GdP eine Wiederherstellung der alten Rechtslage. Zudem dringt sie darauf, dass Wohnungseigentümer mehr in den Einbruchschutz investieren. Analog zur Rauchmelderpflicht sei eine Aufnahme von Mindeststandards zur Einbruchssicherheit in die Landesbauordnung sinnvoll. Zudem könnten die Versicherungsunternehmen Investitionen in den Einbruchschutz durch günstigere Prämien fördern. Auch wenn die notwendigen Investitionen in den Einbruchschutz die Ersparnis bei den Versicherungsprämien mit Sicherheit bei Weitem übersteigt, könnte davon ein zusätzlicher Appell an die Wohnungseigentümer und die Mieter ausgehen, ihre Wohnung besser zu schützen.

Ein Drittel aller Fälle in NRW

Aufgeklärte Wohnungseinbrüche nach Bundesländern 2013



7500 Wohnungseinbrüche werden jedes Jahr in NRW aufgeklärt, mehr als in jedem anderen Bundesland. Allerdings entfällt auf NRW mit 55 000 Fällen auch ein Drittel aller Einbrüche in Deutschland. 2013 lag die Aufklärungsquote in NRW bei 13,6 Prozent. Nur in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Bremen, Berlin und Hamburg ist sie noch niedriger. Nach der bislang noch nicht veröffentlichten Kriminalstatistik für 2014 ist sie im vergangenen Jahr allerdings leicht auf 16 Prozent gestiegen. Ein Indikator, dass der Strategiewechsel der NRW-Polizei bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität zu wirken beginnt. Um diesen Trend zu verstärken, drängt die GdP darauf, dass die in den letzten Jahren entwickelten Auswertverbände ausgebaut und die Kontrollichte der Polizei erhöht wird.



Abgelenkt! Handy- und Smartphone-Nutzung im Straßenverkehr

GdP-Verkehrsforum am 11. März 2015

Wer bei einer Geschwindigkeit von 80 km/h nur zwei Sekunden abgelenkt wird, ist knapp 45 Meter im Blindflug unterwegs. Beim Telefonieren während der Fahrt steigt das Unfallrisiko um das zwei- bis fünffache. Zwar ist das Telefonieren über eine Freisprechanlage erlaubt, wenn beide Hände zum Lenken und Schalten zur Verfügung stehen – sicher ist aber auch das nicht. Trotzdem werden jeden Tag tausende von SMS-Nachrichten während des Autofahrens verfasst, wird stundenlang mit dem Handy am Ohr telefoniert, als wenn es nie eine Freisprechanlage gegeben hätte. Selbst Fußgänger laufen in ihr Smartphone vertieft immer häufiger

blind auf die Straße. Mit verheerenden Folgen.

Die Ablenkung im Straßenverkehr durch Handys und Smartphones steht deshalb im Mittelpunkt des diesjährigen GdP-Verkehrsforums am 11. März in Düsseldorf. Verkehrsexperten der Polizei und des Deutschen Verkehrssicherheitsrates, Verkehrspsychologen und Juristen diskutieren zusammen mit Polizeipraktikern darüber, welche Gefahren von der Handy- und Smartphone-Nutzung drohen, wie die aktuelle Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern aussieht und welche wirksamen

Gegenstrategien zur Verfügung stehen, um der zunehmenden Gefährdung der Verkehrssicherheit durch das Handy etwas entgegenzusetzen. Auch die rechtliche Dimension der Verkehrsgefährdung durch die Handynutzung wird in dem Forum aufgegriffen. Einer der Fragen dabei lautet: Darf die Polizei nach einem Crash das Handy kassieren? Und wie sieht die konkrete Handlungspraxis der Polizei im Bereich von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung in diesem Themenfeld aus?

Beginn des eintägigen Verkehrsforums im Bürgersaal der Düsseldorf Bilk Arcaden ist um 10 Uhr. Die Teilnahme am Forum ist sonderurlaubsfähig.

Infos und Anmeldung: Martin Volkenrath, Telefon 02 11 / 2 91 01 42, E-Mail: martin.volkenrath@gdp-nrw.de.



Foto: picture alliance

Beiträge angepasst

Die GdP finanziert ihre Leistungen über die Beiträge ihrer Mitglieder. Nachdem die GdP Mitte August vergangenen Jahres nach einem langen Streit mit der Landesregierung am Verhandlungstisch doch noch durchgesetzt hat, dass der Tarifabschluss 2013/14 in großen Teilen auch für die Beamtinnen und Beamten und für die Versorgungsempfänger oberhalb der Besoldungsgruppe A 10 übernommen worden ist, ist im Dezember bei allen betroffenen Beamten die Besoldung deutlich erhöht worden. Für die davor liegenden Monate gab es zum Teil beträchtliche Nachzahlungen. Die GdP-Satzung sieht vor, dass

parallel zur Erhöhung der Einkommen auch die Mitgliedsbeiträge der GdP angepasst werden. Die neuen Mitgliedsbeiträge gelten ab der ersten Quartalszahlung 2015. Dazu Landeskassierer Lorenz Rojahn: „Auch wenn unsere Mitglieder für 2013 und 2014 zum Teil erhebliche Nachzahlungen erhalten haben, haben wir die Mitgliedsbeiträge bewusst erst zu dem Zeitpunkt an die Einkommenserhöhung angepasst, an dem alle betroffenen Mitglieder die Nachzahlung bereits auf dem Konto hatten.“

Die aktuelle Beitragstabelle steht auf der Homepage des Landesbezirks: www.gdp-nrw.de (Leistungen).

GdP aktiv

3. 2., 10. BePo-Fußballturnier des Landesbezirks NRW, Düsseldorf, Anmeldung: Tel.: 02 11/2 91 01 12.

4. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Soest, 17 Uhr, Restaurant Ortwein, Bökenförder Str. 18, Lippstadt.

16. 2., Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder, Verhandlungsauftakt, Potsdam.

5. 3., Skat- und Doppelkopfturnier der Kreisgruppe Heinsberg, 15 Uhr, Kantine der Kreisverwaltung, Valkenburger Str. 45, Heinsberg.

8. 3., GdP-Skatturnier der Kreisgruppe Düren, 16 Uhr. Anmeldung und Informationen: Tel. 0 24 21/9 49-40 00.

8. 3., Schneetreff des GdP-Landesbezirks NRW, Alpincenter Bottrop, Coupons sind ab Anfang Februar über die örtlichen Kreisgruppen erhältlich.

11. 3., GdP-Forum Verkehrspolitik, Düsseldorf. Anmeldung: Tel.: 02 11/2 91 01 14.

18. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 16 Uhr, Haus Lennestein, Werdohler Str. 15, Altena. Anmeldung: Tel. 0 23 71/91 99-88 01.

18. 3. Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein, 17 Uhr, Gaststätte Eichener Hamm, Kreuztal.

26. 3., Mitgliederversammlung mit Jubilarehrung der Kreisgruppe Duisburg, 14 Uhr, Café Museum, Friedrich-Wilhelm-Str. 64, Duisburg.



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

6.2. Ilse Pohl, Waldbröl
 8.2. Hans Mai, Mönchengladbach
 8.2. Gerda Meinel, Niederzier
 9.2. Hildegard Vehlken, Dorsten
 11.2. Christa Waldorf, Bonn
 19.2. Brigitta Sennefelder, Aachen

91. Geburtstag

1.2. Edith Brackelmann, Kamen
 6.2. Ursula Böhmert, Hannover
 Ruth Zimmer, Wuppertal
 12.2. Adelheid Gresens, Bottrop
 15.2. Sophie Hermann, Dortmund
 20.2. Hans Beumers,
 Mönchengladbach
 27.2. Hildegard Unterfeld, Schwerte
 28.2. Heinrich Kraemer, Essen

92. Geburtstag

13.2. Maria Vollmuth, Duisburg
 26.2. Karl Langhorst, Schöppingen
 27.2. Walter Dzubilla, Kaiserslautern

93. Geburtstag

4.2. Manfred Plass, Bielefeld
 12.2. Erna Brocke, Köln
 Gertrud Palka, Dortmund
 22.2. Jakob Michels, Herne
 23.2. Hedwig Lotzmann, Remscheid
 27.2. Nikolaus Kirch, Aachen
 28.2. Maria Arendt, Dahlem

94. Geburtstag

5.2. Theresia Quante, Paderborn
 10.2. Lieselotte Müller, Dortmund
 15.2. Maria Bergmann, Mettmann
 20.2. Silvia Koebrügge, Billerbeck
 24.2. Elisabeth Meister, Herten
 26.2. Helga Geicht,
 Colorado Springs/USA

95. Geburtstag

5.2. Wilhelmine Hänsdieke,
 Düsseldorf

97. Geburtstag

27.2. Margarete Rode, Solingen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit



DEUTSCHE POLIZEI
 Ausgabe:
 Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
 Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
 Telefon (02 11) 2 91 01-0
 Internet: www.gdp-nrw.de
 E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
 Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
 Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
 Telefon: (02 11) 2 91 01 32
 Telefax: (02 11) 2 91 01 46
 E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
 POLIZEILITERATUR GMBH
 Anzeigenverwaltung
 Ein Unternehmen der
 Gewerkschaft der Polizei
 Forststraße 3a, 40721 Hilden
 Telefon (02 11) 71 04-1 83
 Telefax (02 11) 71 04-1 74
 Verantwortlich für den Anzeigenteil:
 Antje Kleuker
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
 vom 1. Januar 2015
 Adressverwaltung:
 Zuständig sind die jeweiligen
 Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
 DruckMedien
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern
 Telefon (0 28 31) 3 96-0
 Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe ist der 10. Februar 2015.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
 Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
 Telefax: (02 11) 2 91 01 15
 Internet: www.gdp-reiseservice.de
 E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Auch Zivilwagen in Zukunft mit Schutz gegen Falschbetankung

Auch die Zivilwagen der Polizei werden in NRW in Zukunft standardmäßig mit einem Schutz gegen Falschbetankung ausgerüstet. Das hat das Innenministerium Anfang Januar auf Initiative der GdP entschieden.

Mit dem neuen Tankschutz soll verhindert werden, dass Dieselfahrzeuge versehentlich mit Benzin befüllt werden. Weil bei der Polizei und Benzin-Fahrzeuge häufig parallel zueinander benutzt werden, oft sogar bei typengleichen Fahrzeugen, ist es in der Vergangenheit immer wieder zu Fällen von

Falschbetankung gekommen. Auf die betroffenen Kollegen kamen anschließend erhebliche Regressforderungen der Behörde zu. Trotzdem hatte das Innenministerium bis zum Schluss versucht, die Verpflichtung zum Einbau eines Falschbetankungsschutzes aus dem Anforderungskatalog für die Neubeschaffung von Zivilfahrzeugen herauszuhalten. Am Ende

war das Ministerium aber am hartnäckigen Widerstand des Hauptpersonalrates gescheitert, der der Beschaffungsvorlage zustimmen muss.



Urlaub schon geplant?

**Buchen Sie Ihren Traumurlaub
in dem Reisebüro, in dem
sich Ihre GdP-Mitgliedschaft
für Sie auszahlt!**

**Rufen Sie uns an.
Wir freuen uns auf Sie!**



GdP Reiseservice
0211/29101 - 44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Alle Highlights auf einen Blick. Im Eventkalender der GdP werden das ganze Jahr über tolle Veranstaltungen und Angebote angeboten – exklusiv für unsere Mitglieder. Ob eine spannende Lesung mit den Krimi-Cops, ein rasantes Vier-Stunden-Kartrennen in Gevelsberg oder der traditionelle Familientag, dieses Jahr bei den Karl-May-Festspielen in Elspe. Für jeden Geschmack ist was dabei. Viele gute Möglichkeiten, mit Kolleginnen und Kollegen, der Familie und Freunden eine tolle Zeit zu verbringen. Den Eventkalender 2015 gibt's ab sofort vor Ort an den Schwarzen Brettern der Kreisgruppen und zum Download auf der GdP-Homepage. Nähere Informationen zu allen Veranstaltungen: GdP-Hotline 02 11/2 91 01 10

Senioren aktuell

Kreisgruppe Coesfeld

25. Februar, Werksbesichtigung Erko Classics GmbH, Telgenkamp 23, 48249 Dülmen, Treffpunkt: 14 Uhr. Anschließend gemeinsames Kaffeetrinken im DRK-Heim, August-Schlüter-Str. 32, 48249 Dülmen.

Kreisgruppe Köln

19. Februar, Kriminalhauptkommissarin Angelika Platthaus vom KK Kriminalprävention/Opferschutz zum Thema Sicherheit im Alter. Partner oder Angehörige sind ebenfalls eingeladen. Treffpunkt: 14 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln.

Kreisgruppe Unna

4. März, Wahl des Seniorenvorstandes, Treffpunkt: 15 Uhr, Evangelisches Gemeindehaus Südkamen, Perthesstr. 8, 59174 Kamen.

Regelmäßige Seniorentreffen 2015

Nach Redaktionsschluss für den Seniorenkalender 2015 hat die Kreisgruppe Köln ihre Seniorentreffen festgelegt. Die Kreisgruppe Gelsenkirchen muss drei Seniorenterminen um eine Woche nach hinten verschieben. Alle übrigen Termine stehen im gedruckten Seniorenkalender, der auch auf der Homepage zum Download bereit steht: www.gdp-nrw.de.

Kreisgruppe Köln

Jeden dritten Donnerstag im Monat, 14 Uhr, außer an Karneval, an Feiertagen und in den Ferien, Treffpunkt: Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln. Partner sind ebenfalls zu den Treffen eingeladen.

Beratungstermine jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, 9:30 bis 12:30 Uhr, Polizeipräsidium Köln, Walter-Pauli-Ring 2-6, 51103 Köln, Telefon: 02 21/2 29-20 81.

Kreisgruppe Gelsenkirchen

geänderte Termine:
Montag, 9. März 2015,
Montag, 8. Juni 2015,
Montag, 14. September 2015; sonst immer am 1. Montag im Monat.

Glücksnummern des Monats

45 28613 Lisa Plum, Aachen
45 45865 Michael Murawski, Dortmund
45 87995 Thomas Kaster, Bochum
45 27334 Detlef Filthaus, Unna

Die Gewinner erhalten eine GdP-Armbanduhr „Auto“.

NACHRUFE

Ingeborg Peters	12.8.1925	Essen/Mülheim	Karl Gärtner	27.4.1929	Minden-Lübbecke
Karl-Dieter Abelein	15.11.1940	Dortmund	Wilhelm Lang	7.12.1936	Dortmund
Josefine Koll	31.1.1922	Regio Köln	Helene Gerads	24.9.1939	Aachen
Martha Kaufmann	28.8.1919	Autobahnpolizei Düsseldorf	Fredy Pettche	1.11.1931	Bochum
Helmut Sporkmann	7.4.1927	Lippe	Heribert Köster	8.4.1932	Bonn
Heinrich Lenzen	19.3.1952	Aachen	Dieter Hoppe	27.2.1959	Steinfurt
Maria Panz	17.5.1918	Duisburg	Gerhard Krix	12.2.1931	Bochum
Werner Fitzek	3.9.1930	Hochsauerlandkreis	Hans-Jürgen Grigo	29.2.1948	Innenministerium NW
Gerhard Bellinghausen	16.7.1938	Essen/Mülheim	Anni Zahlmann	13.6.1921	Heinsberg
Peter Mosch	6.8.1924	Duisburg			

